Diese 35 Länder gehören auf die geplante EU-Steueroasenliste

geschrieben von Andreas | 28. November 2017
[PRESSE-INFO]

Oxfam warnt vor politischer Rücksichtnahme im Kampf gegen Steuervermeidung

Berlin, 28. November 2017. Mindestens 35 Länder müssen auf der Steueroasen-Liste stehen, die die Europäische Union kommende Woche auf den Weg bringen will. Politische Rücksichtnahme darf es dabei nicht geben. Das fordert die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam. In dem neuen Bericht „Blacklist or Whitewash? What a real EU blacklist of tax havens should look like“ zeigt Oxfam unter anderem, dass mit Irland, Luxemburg, Malta und den Niederlanden auch vier EU-Staaten auf der schwarzen Liste stehen müssten, würde die EU ihre eigenen Maßstäbe konsequent anwenden. . Oxfam befürchtet jedoch, dass politischer Druck zur Verwässerung der Kriterien und damit zu einer nutzlosen Liste führt.

Bei der Erstellung einer Steueroasenliste bewertet die EU-Kommission derzeit 92 Länder anhand gemeinsam festgelegter Kriterien, darunter Steuertransparenz und Anreize für Gewinnverschiebungen, wie etwa Steuersätze von 0 Prozent. Allerdings sind EU-Mitgliedsstaaten von dieser Bewertung ausgenommen – wichtige Steueroasen bleiben damit schon aus formalen Gründen außen vor.

Für den Bericht „Blacklist or Whitewash?“ hat Oxfam dieselben 92 Länder sowie die 28 EU-Mitgliedsstaaten auf diese Kriterien hin überprüft. Dabei wurde deutlich, in welchem Missverhältnis die in Steueroasen gemeldeten Gewinne zur tatsächlichen wirtschaftlichen Aktivität stehen: In Bermuda wird mit

Lizenzgebühren und weiteren passiven Finanzflüssen das viereinhalbfache des Bruttoinlandsprodukts erlöst, auf den Bahamas immer noch mehr als das doppelte. Auch für Gewinnverschiebungen durch firmeninterne Kredite gibt es Anzeichen: Zinseinnahmen stellen auf den Kaimaninseln 73 Prozent, in Bermuda 40 Prozent und in Luxemburg 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dar.

Schwarze Liste und wirksame Sanktionen sind notwendig, um Steueroasen trockenzulegen

Tobias Hauschild, Steuerexperte bei Oxfam Deutschland, kommentiert: „Die EU muss auf Steuerskandale wie die Paradise Papers entschieden reagieren. Jetzt hat sie die Chance dazu: Eine kohärente Schwarze Liste mit wirksamen Sanktionen ist ein wichtiger Schritt, um Steueroasen endlich trockenzulegen. Wir erwarten, dass die von uns identifizierten Länder tatsächlich auf der Liste auftauchen. Alles andere wäre ein Freifahrtschein, das egoistische und sozial schädliche Businessmodell „Steueroase“ fortzuführen und den ruinösen internationalen Steuerwettlauf nach unten weiter anzuheizen. Die G20 verzeichnen auf ihrer Steueroasenliste gerade einmal ein Land – den Inselstaat Trinidad und Tobago. Eine solche Farce darf sich die EU nicht erlauben.“

Doch eine wirksame Steueroasenliste allein reicht nicht aus. Eine öffentliche länderbezogene Berichterstattung von Konzernen über die in den jeweiligen Ländern erzielten Gewinne und darauf gezahlte Steuern ist unabdingbar, um Licht in das Steuerdunkel zu bringen. Doch dagegen sperrt sich bislang die Bundesregierung. „Deutschland muss seine Blockadehaltung in der EU zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung endlich aufgeben und sich für echte Steuertransparenz einsetzen“, fordert Hauschild.

Redaktionelle Hinweise:

Der Bericht „Blacklist or Whitewash? What a real EU blacklist

of tax havens should look like” sowie die zugrundeliegenden Daten und Erläuterungen zur Methodologie stehen unter SPERRFRIST 28. 11. 2017, 00:01 MEZ zum Download bereit unter https://oxfam.box.com/v/whitewash, Passwort oxfam.

Anlässlich der Paradise Papers hat Oxfam den Aktionsplan „Stopping the Scandals: Five ways governments can end tax avoidance“ vorgelegt: https://www.oxfam.de/system/files/stopping_the_scandals_-_081117.pdf

Die 35 identifizierten Steueroasen außerhalb der EU sind (in alphabetischer Reihenfolge):

1. Albanien
2. Amerikanische Jungferninseln
3. Anguilla
4. Antigua und Barbuda
5. Aruba
6. Bahamas
7. Bahrain
8. Bermuda
9. Bosnien-Herzegovina
10. Britische Jungferninseln
11. Cookinseln
12. Curaçao
13. Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien
14. Färöer
15. Gibraltar
16. Grönland
17. Guam
18. Hong Kong
19. Jersey
20. Kaimaininseln
21. Marshallinseln
22. Mauritius
23. Montenegro
24. Nauru

25. Neuschottland
26. Niue
27. Oman
28. Palau
29. Schweiz
30. Serbien
31. Singapur
32. Taiwan
33. Trinidad und Tobago
34. Vanuatu
35. Vereinigte Arabische Emirate

Bei konsequenter Anwendung der Kriterien müssten auch folgende vier EU-Staaten als Steueroasen geführt werden:

1. Irland
2. Luxemburg
3. Malta
4. Niederlande

Pressekontakt:

Nikolai Link, Tel.: 030-45 30 69 712, E-Mail: nlink@oxfam.de

Oxfam ist eine internationale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die weltweit Menschen mobilisiert, um Armut aus eigener Kraft zu überwinden. Dafür arbeiten im Oxfam-Verbund 20 Oxfam-Organisationen Seite an Seite mit rund 3.250 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern.

Mehr unter www.oxfam.de

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Deutschland